



Kantonsrat

Sitzung vom: 17. März 2015, vormittags

Protokoll-Nr. 159

Nr. 159**Postulat Rebsamen Heidi und Mit. über die Wirtschaftsplattform zum Klimaschutz (P 456). Ablehnung**

Heidi Rebsamen begründet das am 9. Dezember 2013 eröffnete Postulat über die Wirtschaftsplattform zum Klimaschutz. Entgegen dem Antrag des Regierungsrates halte sie an ihrem Postulat fest.

Im Namen des Regierungsrates ist Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Robert Küng bereit das Postulat teilweise entgegenzunehmen. Die schriftliche Begründung lautet wie folgt:

"Das eidgenössische Parlament verabschiedete am 23. Dezember 2011 das revidierte Bundesgesetz über die Reduktion der CO₂-Emissionen (CO₂-Gesetz) und schuf damit die gesetzliche Grundlage für die Klimapolitik der Schweiz von 2013–2020. Demzufolge sind die Treibhausgasemissionen im Inland bis zum Jahr 2020 gegenüber 1990 gesamthaft um 20 Prozent zu vermindern (Art. 3 Abs. 1 CO₂-Gesetz). Die Energiestrategie 2050 des Bundes ist auf die Erfüllung und Einhaltung dieser internationalen Verpflichtungen ausgerichtet. Der Bundesrat setzt in erster Linie auf eine konsequente Erschliessung der vorhandenen Energieeffizienzpotenziale und in zweiter Linie auf eine ausgewogene Ausschöpfung der vorhandenen Potenziale der Wasserkraft und der neuen erneuerbaren Energien.

Zur wirtschaftlichen Bedeutung einer nachhaltigen Energiepolitik verweisen wir auf unsere Ausführungen in der Antwort zum Postulat P 462 von Jakob Lütolf-Arnold. Wie dort ausgeführt, halten wir am Ziel fest, die Rahmenbedingungen für die erneuerbaren Energien und für eine effiziente Energienutzung zu verbessern und den Innovationsstandort Luzern im Sinne eines Cleantech-Clusters zu stärken. Es gilt die Wirtschaftskraft, die Wertschöpfung und die Innovation im Bereich Cleantech (Energieeffizienz, erneuerbare Energien, Energieproduktion, Energieverteilung, Energieverbrauch etc.) nachhaltig zu stärken bzw. auszubauen. Durch optimierte und effiziente Vernetzung der (vorhandenen) fachlichen Kompetenzen im Bereich Entwicklung, Forschung und Produktion der Umwelttechnologien sollen marktreife und innovative (Pilot-, Leuchtturm- und andere) Projekte, Produkte und Dienstleistungen gefördert werden. Der Fokus liegt schwergewichtig auf der Schaffung von volkswirtschaftlichem Mehrwert.

Viele im Postulat angeführte Anliegen werden im Rahmen des Leistungsauftrags der Dienststelle Umwelt und Energie mit den verfügbaren Mitteln so gut als möglich bereits umgesetzt. Darüber hinaus sehen wir vor, einzelne Anliegen – soweit noch erforderlich – unter Berücksichtigung der Gesetzgebung zur Energiestrategie 2050 bei den wieder aufgenommenen Arbeiten für ein neues kantonales Energiegesetz nochmals miteinzubeziehen. In diesem Sinn beantragen wir, das Postulat teilweise erheblich zu erklären."

Peter Bucher lehnt im Namen der Mehrheit der CVP-Fraktion das Postulat ab. Der Kantonsrat habe vor nicht allzu langer Zeit das neue Energiegesetz beraten. Die Ratsmehrheit habe dieses aber leider nicht unterstützt. Nun explizit eine Wirtschaftsplattform zum Klimaschutz zu erstellen, könne nicht als Staatsaufgabe angesehen werden. Allenfalls sollte eine solche Idee zusammen mit der Hochschule überdacht werden. Die kantonale Verwaltung und die

Wirtschaft würden bereits unabhängig von der kantonalen Politik in diese Richtung arbeiten. Als Beispiele seien etwa der Minergie-Standard, der Energieverbrauch und die Verteilung anzuführen. Daher erscheine der CVP die Schaffung einer solchen Plattform nicht als notwendig. Es bestehe schliesslich bereits eine Energieagentur Wirtschaft ENAW, welche die Wirtschaft gerne berate und informiere. Es liege denn auch im Sinn der Wirtschaftlichkeit eines jeden Players, seinen Energieverbrauch so gering wie möglich zu halten. Das Bundesgesetz, welches darauf abziele, den CO₂-Ausstoss bis 2020 massiv zu reduzieren, fördere dies ebenso.

Josef Langenegger lehnt im Namen der FDP-Fraktion das Postulat ab. Der Klimaschutz sei auch für seine Partei ein wichtiges Anliegen. Die Umsetzung der Massnahmen sei eine kantonale Aufgabe. Jedoch sei die hier geforderte Plattform auf der nationalen Ebene anzusiedeln und stelle insofern eine Bundesaufgabe dar. Die Regierung zeige in ihrer Antwort auf, mit welchem Projekten und Massnahmen die Umsetzung erfolgen solle. Ein zusätzlicher Bericht, wie er im Postulat verlangt werde, bringe den Kanton Luzern nicht weiter. Konkrete Massnahmen seien hierzu zielführender und erfolgsversprechender. Der Regierung solle die notwendige Freiheit erhalten bleiben, die eingeleiteten Massnahmen wie aufgezeigt weiterzuführen.

Fredy Winiger plädiert im Namen der SVP-Fraktion für die Ablehnung des Postulats. Wie aus der Antwort der Regierung zu entnehmen, sei im Prinzip das meiste bereits umgesetzt. Man wolle zudem der Beratung des neuen Energiegesetzes nicht vorgreifen.

Heidi Rebsamen zeigt sich erstaunt über die breite Ablehnung ihres Postulates. In der Stadt Bern gebe es seit 2006 eine Klimaplattform, so wie es die Grünen in einem Bericht vorgeschlagen würden. Dies sei nota bene ein Public-Private-Partnerschaftsmodell, welches aus der Initiative des Staates entstanden sei. Denn genau dies entspreche dem Rollenverständnis des Staates. In dieser Plattform der Stadt Bern hätten sich 58 Partner zusammengeschlossen, um ein klimagerechtes und nachhaltiges Wirtschaften einzuführen. Damals habe es die Energiestrategie 2050 noch nicht gegeben. Die Plattform habe das primäre Ziel, den CO₂-Ausstoss zu reduzieren. So hätten 2013 mit diesem Zusammenschluss 17'374 Tonnen CO₂ eingespart werden können. Die Zahlen für 2014 würden leider erst im April veröffentlicht. Hier gebe es also eine konkrete und wirksame Massnahme, Klimaschutz zu betreiben. In Luzern gebe es seit gut einem Jahr einen Ableger der AEE Suisse, der Dachorganisation der Wirtschaft für erneuerbare Energien und Energieeffizienz. In Luzern setze sich weiter die Unternehmerinitiative 'Neue Energie Luzern' für eine nachhaltige Energieversorgung auf der Basis erneuerbarer Energien ein. Dies sei zwar alles zu begrüßen, aber es seien dabei nur Unternehmen aus dem Energiebereich zusammengeschlossen. Dies reiche indes nicht aus, weil andere Unternehmen wie Banken, Versicherungen oder Hotels fehlten. Solche brauche es aber, um das Ziel der drastischen Reduktion des CO₂-Ausstosses zu erreichen. Die Grünen hielten deshalb am Postulat fest, weil es eine bestechende Idee enthalte. Auch handle es sich um eine konkrete Massnahme, die Energiestrategie 2050 im Kanton Luzern umzusetzen.

Urs Brücker spricht sich im Namen der GLP-Fraktion gegen die Überweisung des Postulats aus. Zur Aussage, in Luzern gebe es zu wenig Unternehmen, welche ein vorbildliches klimafreundliches und umweltschonendes Verhalten respektive entsprechendes Wirtschaften vorweisen würden, möchte er bemerken, dass seine Wahrnehmung und Erfahrung im Gegenteil zeigten, dass sich im Kanton Luzern die Unternehmen und die privaten Investoren fast ausschliesslich in diesem Bereich engagierten. Dies stehe im Gegensatz zur Regierung und zum ökologisch wenig sensiblen Kantonsrat. Beispiele dazu seien das im Jahre 2013 abgelehnte neue Energiegesetz oder einige Traktanden der heutigen Sitzung. Energie- und Klimapolitisch sei das zwar betrüblich, jedoch würden die derzeit geäusserten Wahl-Slogans zuversichtlich stimmen: Die Mitteparteien würden sich umorientieren und versprechen für die nächste Legislatur eine echte Besserung im Klima- und Energiebereich, wie etwa die CVP, welche für eine 'zügige Energiewende' oder die FDP, welche für eine 'Wirtschaft und Umwelt im Gleichschritt' werben würden. Einen Bericht, wie er im Vorstoss gefordert werde, brauche es definitiv nicht. Die angesprochene Plattform im Kanton Bern gebe es im Kanton Luzern auch; sie heisse hier AEE (Agentur für erneuerbare Energien und Energieeffizienz). Sie bestehe auch nicht nur aus Unternehmen aus dem Energiebereich und wachse stetig, sodass sie mit rund 40 Mitgliedern die Berner schon bald überholt habe. Interessant sei auch die Argumentation der Regierung für die teilweise Erheblicherklärung: So werde die Wiederaufnahme der Arbeiten zu einem neuen Energiegesetz angesprochen, was aber aus seiner Sicht nichts mit der

teilweisen Erheblichkeitserklärung des Postulats zu tun habe. Dazu sei die Unterzeichnung der GLP-Initiative für ein neues Energiegesetz empfehlenswerter.

Peter Fässler befürwortet im Namen der SP/Juso-Fraktion das Postulat und lehnt die Ablehnung ab. Die Antwort des Regierungsrates, am Ziel zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für erneuerbare Energien und zur effizienten Energienutzung festzuhalten wie auch den Innovationsstandort Luzern im Sinn eines Cleantech-Clusters zu stärken, freue ihn. Dies entspreche genau, was die SP/Juso mit der Motion M 575 von Jürg Meyer anregen werde. Im Abschnitt darunter stehe allerdings, dass viele im Postulat angeführte Anliegen im Rahmen des Leistungsauftrags der Dienststelle Umwelt und Energie mit den *verfügbaren* Mitteln *so gut als möglich* bereits umgesetzt würden. Dies zeige, dass hier keine griffigen Massnahmen umgesetzt würden oder aber das Ganze auf die Gesetzgebung zur Energiestrategie 2050, dem kommenden neuen Energiegesetz, verschoben werde. Er frage sich, warum sich die Regierung und die bürgerlichen Parteien davor scheuten, einem solchen Projekt zum Klimaschutz positiv gegenüber zu treten und warum sich die positiven Erfahrungen anderer Städte und Regionen nicht auch für die Zentralschweizer Kantone nutzbar machen liessen, warum es nicht möglich sei, sich mit den erwähnten Themen etwas intensiver zu befassen und abzuklären, wie sich Klimaschutzmassnahmen für die Unternehmungen in der Zentralschweiz auszahlen würden. Er sei überzeugt, mit einer solchen Plattform die Schaffung von volkswirtschaftlichem Mehrwert zu erwirken. Das Klima gehe alle etwas an. Diesbezüglich verweise er auf den Bericht zum Schutz vor Naturgefahren des letzten Jahres.

Jürg Meyer spricht sich gegen das Postulat aus. Wie es Urs Brücker bereits erwähnt habe, stehe man für eine sinnvolle Energiepolitik ein, man sei jedoch gegen Vorstösse, welche nur alte Ideen erneut einbrächten. Die geforderten Anliegen seien sodann bereits grösstenteils erfüllt: Die Energiebranche habe sich in der Energieagentur Wirtschaft zusammengeschlossen, wo Zehntausende von Tonnen CO₂ eingespart würden. Im Kanton Luzern habe sich wie bereits angesprochen die Wirtschaft selber gefunden, und im Energiegesetz seien Vorschläge eingebracht worden, wie der Kanton Luzern Grossverbrauchermodelle fördern könne. Erstaunlich sei, dass genau jene, die diese Vorschläge abgelehnt hätten, nun solche Vorschläge selber wieder einbringen würden. Wenn schon, dann solle ein solches Vorgehen mit neuen Ideen angereichert werden, wie etwa eine Zusammenarbeit mit den Hochschulen und der Forschung. Das biete das Traktandum zum Postulat P 462 von Lütolf Jakob genau dazu die Möglichkeit.

Im Namen des Regierungsrates spricht sich Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Robert Küng für eine teilweise Erheblichkeitserklärung des Postulats ein. Klimaschutz gehe tatsächlich alle etwas an. So arbeite die Dienststelle Umwelt und Energie innerhalb der verfügbaren Mittel bereits an den Anliegen dieses Postulates. So sei auch im letzten Jahr dazu konzeptionelle Arbeit geleistet worden und es hätten einige Massnahmen umgesetzt werden können. Die Regierung wolle mit der teilweisen Erheblichkeitserklärung den Fokus auf den volkswirtschaftlichen Mehrwert legen und jenen Teil des Berichts, welcher teils von der bürgerlichen Seite hervorgehoben wurde, nicht ins Zentrum rücken. Vermutlich komme man bei der Beratung des Postulates P 462 nochmals darauf zu sprechen. Die Regierung beantrage die teilweise Erheblichkeitserklärung deshalb, weil vieles schon laufe, aber auch noch einiges zu tun sei. So hätten die Neuaufnahme der Beratung zum Energiegesetz respektive die Neuaufgabe der Botschaft, welche 2015 erstellt werde, sehr wohl einen Kontext zum Klimaschutz. Immerhin würden im Energiegesetz Massnahmen im Bereich der Energieeffizienz, der Nutzung erneuerbarer Energien oder der Reduktion des CO₂-Ausstosses thematisiert. Dabei sei die Diskussion, solches via Plattformen zu regeln, durchaus möglich.

In einer Eventualabstimmung zieht der Rat die teilweise Erheblichkeitserklärung der Erheblichkeitserklärung mit 77 zu 27 Stimmen vor.

In der definitiven Abstimmung lehnt der Rat das Postulat mit 82 zu 23 Stimmen ab.